## Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 19 / 21 927 Schriftliche Anfrage

19. Wahlperiode

## **Schriftliche Anfrage**

des Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

vom 10. März 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. März 2025)

zum Thema:

Einsatz von KI in Asylklageverfahren

und **Antwort** vom 25. März 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. März 2025)

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Herrn Abgeordneten Hugh Bronson (AfD) über die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/21927 vom 10. März 2025 über Einsatz von KI in Asylklageverfahren

-----

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

- 1. a) Welche Art von Informationen soll der KI-gestützte Rechercheassistent "EMIL" in verwaltungsgerichtlichen Asylverfahren zusammenstellen bzw. auswerten?
- Zu 1. a): Richterinnen und Richter entscheiden jeweils in grundgesetzlich festgeschriebener Unabhängigkeit darüber, welche Erkenntnismittel sie ihrer Recherche für die rechtlich gebotene Sachverhaltsaufklärung zugrunde legen. Typischerweise greifen Sie hierbei auf Dokumente aus gerichtlichen Stoffsammlungen (z. B. veröffentlichte Länder- und Lageberichte), aus Fachdatenbanken (z. B. Datenbanken von Informations- und Dokumentationsstellen) und aus dem Internet (z. B. Presseartikel) zurück. Diese Erkenntnismittelquellen werden auch für die Rechercheunterstützung des Erkenntnismittel-Assistenzsystems "EMIL" genutzt.
- 1. b) Auf welchen KI-Modellen baut dieses Werkzeug auf?
- Zu 1. b): "EMIL" nutzt den Architekturgrundsätzen der Bund-Länder-Kommission für Informationstechnik in der Justiz folgend eine generische Systemarchitektur und erlaubt die Anbindung unterschiedlicher Sprachmodelle mit verschiedenen Betriebsvarianten. Eine Festlegung auf spezielle Sprachmodelle ist weder erfolgt noch beabsichtigt.
- 1. c) Mit welchen Daten wurde es trainiert und mit welchen Vorgaben für seine Funktion ausgerichtet?

- Zu 1. c): EMIL wird derzeit prototypisch erprobt und weiterentwickelt. In dieser Entwicklungsphase wurden und werden mit hier nicht bekannten Daten vortrainierte unspezifische Standard-Sprachmodelle testweise eingesetzt. Vorgaben für die Funktionsweise der Sprachmodelle setzt EMIL nicht.
- 1. d) Welche Vorgaben gibt es für den Einsatz?
- Zu 1. d): EMIL wird noch nicht produktiv eingesetzt, sondern erprobt. Vorgaben für den Testeinsatz bestehen nicht.
- 1. e) Wie ist der Stand bei der Implementierung und beim Umfang der Nutzung?
- Zu 1. e): EMIL wird noch nicht produktiv genutzt, sondern durch eine Testgruppe entwicklungsbegleitend erprobt.
- 1. f) Wie wird das System weiterentwickelt und werden Daten aus der Anwendung für das weitere Training verwendet?
- Zu 1. f): EMIL wird derzeit vom Projekt-Team in einer prototypischen Version erprobt und in einem agilen Weiterentwicklungsprozess funktional verbessert. Aktuell wird die Suchfunktion weiter optimiert. Ein spezifisches Training der testweise genutzten Sprachmodelle mit Daten aus der Nutzung von EMIL erfolgt in der aktuellen Entwicklungsphase nicht.
- 1. g) Wie werden Prozessbeteiligte und die Öffentlichkeit ggf. über den Einsatz im Verfahren informiert?
- Zu 1. g): EMIL wird noch nicht produktiv eingesetzt, sondern ohne Bezug zu konkreten gerichtlichen Verfahren justizintern getestet. Insofern sind keine Prozessbeteiligten vorhanden, die informiert werden könnten. Die Öffentlichkeit wird über Pressemitteilungen und öffentliche Behandlungen in Landesparlamenten informiert.
- 2. Auf welche Informationsmittel wird am Verwaltungsgericht üblicherweise in Asylverfahren zugegriffen, um sich ein Bild etwa von der Lage im Herkunftsstaat oder den persönlichen Verhältnissen des Asylbewerbers zu machen?
- Zu 2.: Auf die Antwort zu Frage 1. a) wird Bezug genommen. Das Verwaltungsgericht Berlin bedient sich hierüber hinaus Auskünften im Einzelfall.
- 3. Welche weiteren Maßnahmen im Rahmen der Digitalisierung wurden für Asylverfahren bzw. am Verwaltungsgericht allgemein zur Verbesserung der Prozesse in den letzten Jahren umgesetzt? Sind derzeit weitere solche Neuerungen geplant?
- Zu 3.: Am Verwaltungsgericht Berlin werden nach abgeschlossener Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs seit dem 15. November 2024 umfassend elektronische Gerichtsakten geführt. Das Verwaltungsgericht ist für modernes mobiles Arbeiten ausgestattet und nutzt Videokonferenzsysteme. Der Einsatz weiterer digitaler Unterstützungssysteme wird derzeit sondiert.

4. Wie viele Richter waren seit 2022 am Verwaltungsgericht Berlin mit Asylsachen befasst? Wie viele Verfahren musste ein Richter im Mittel seitdem jährlich bearbeiten und wie viele Fälle wurden je Richter erledigt?

Zu 4.: Tatsächlich entfielen im richterlichen Einsatz 43,22 Arbeitskraftanteile (AKA) in 2022, sodann 40,56 AKA in 2023 und zuletzt 39,46 AKA in 2024 auf die Bearbeitung von Asylsachen. Bei Eingängen von 5.998 Asylverfahren in 2022, 7.689 in 2023 und 8.196 in 2024 gab es 7.675 Erledigungen in 2022, 7.339 in 2023 und 7.225 in 2024 (Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg). Setzt man diese Statistiken in Relation zum tatsächlichen Einsatz in Asylsachen, lässt sich errechnen, dass je Richterin bzw. Richter rund 139 Asylverfahren in 2022, 190 in 2023 und 208 in 2024 eingingen und jede Richterin bzw. jeder Richter rund 178 Asylverfahren in 2022, 181 in 2023 und 183 in 2024 erledigt hat.

5. Wie viele der Asylprozesse, in denen eine Entscheidung gefällt wurde, gingen seit 2015 am VG Berlin und OVG Berlin-Brandenburg jährlich zugunsten des Klägers aus (bitte auch Gesamtanzahl der erledigten Prozesse angeben)?

Zu 5.: Mit dem in der Anlage wiedergegebenen Auszug aus der amtlichen Statistik wird sowohl die Anzahl der erledigten Asylstreitverfahren als auch deren Ausgang zugunsten oder zulasten der beklagten Behörde, d. h. spiegelbildlich zugunsten oder zulasten der klagenden Personen, ausgewiesen.

Berlin, den 25.03.2025

In Vertretung

Dirk Feuerberg Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

## zu Frage 5

Verwaltungsgericht Berlin										
Klagen und einstw. Rechtsschutz	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Erledigte Asylverfahren	2.844	3.536	8.684	8.357	8.036	5.798	6.192	7.675	7.339	7.225
Anzahl der Verfahren, die mit Stattgabe, teilweise Stattgabe/teilweise Abwesowie Abweisung/Ablehnung entschieden wurden:	eisung/teilwei	se Ablehnung								
insgesamt	1268	2010	3966	4505	4942	3513	4016	4748	6882	4253
Diese Verfahren endeten mit:										1
obsiegen der Behörde	1018	1506	2633	3416	3983	2594	2810	3551	5128	3320
teilweisem Obsiegen/teilweisem Unterliegen der Behörde	36	53	231	318	217	206	332	449	726	240
Unterliegen der Behörde	214	451	1102	771	742	713	874	748	1028	693

## Oberverwaltungsgericht Berlin Brandenburg

Berufungen/Beschwerden	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Erledigte Asylverfahren	97	85	188	598	575	534	472	570	413	584
Anzahl der Verfahren, die mit Stattgabe, teilweise Stattgabe/teilweise Zurü sowie Zurückweisung/Verwerfung/Ablehnung entschieden wurden:	ckweisung/tei	lweise Ablehn	ung							
	1	,			r	•	•	1		
insgesamt	77	80	145	560	523	459	419	451	339	470
Diese Verfahren endeten mit:										
obsiegen der Behörde	73	43	117	396	477	362	340	373	294	459
teilweisem Obsiegen/teilweisem Unterliegen der Behörde	0	4	0	2	3	1	7	0	2	0
Unterliegen der Behörde	4	33	28	162	43	95	72	78	43	11

Quelle: VwG-Statistik; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg